

*Es gilt das gesprochene Wort!*

## **DIE MISSION DER EUROPÄISCHEN UNION**

Rede von Frau Nelly Kutzkova,  
Stellvertreterin der Regierung Bulgariens im Europäischen Konvent  
Brüssel, 15-16 April 2002

Sehr geehrter Herr Präsident,  
Liebe Kollegen,

Die Bulgarische Regierung hat in ihrer ursprünglichen Einstellung zur Debatte über die Zukunft der EU bereits konkrete Ideen ausgearbeitet, die sich auf diese breite Thematik beziehen.

Ich möchte mich auf drei allgemeine Themen konzentrieren:

Das erste Thema: Die Diskussion über die Kompetenzabgrenzung ist hauptsächlich eine klärende Diskussion. Das Problem besteht darin, nicht so sehr die heutige Machtteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU zu verändern, sondern vielmehr diese besser zu erklären, und für die Bürger Europas verständlicher zu machen. Die richtigen Fragen in dieser Debatte sollten lauten:

- Welche sind die Vorteile der EU und der kollektiven Beschlussfassung?
- Wer und für welche Taten sollte vor den Bürgern Rechenschaft ablegen?
- Wo, auf welchem Niveau, die Verantwortung für die Verwirklichung einer bestimmten Politik liegt.

Es gibt keine kohärente Vision in den Verträgen über die Vorteile der EU. Es liegt auf uns, gute Lösungen vorzuschlagen, wie die Kompliziertheit der existierenden Texte zu vermeiden. Ich glaube, die Ausarbeitung eines Kompetenzkatalogs wird diese Aufgabe nicht erfüllen. Das würde eine schwere Übung sein, die sehr viel Zeit und Anstrengungen kosten wird und meiner Meinung nach – zum Scheitern verurteilt ist.

In unserer dynamischen Welt scheint es unmöglich, die Kompetenzen der EU ein für allemal festzulegen. Es würde besser sein, sich auf die Ausarbeitung von Verfassungsprinzipien und Verfassungsziele zu konzentrieren. Das wird uns ermöglichen, eine allgemeine Regelung der Beschlussfassung auszuarbeiten, die

sich vom heutigen Fall-zu-Fall System unterscheidet. Es ist auch wichtig, Artikel 308 beizubehalten um die Dynamik und die Flexibilität des Integrationsprozesses zu gewährleisten.

Das zweite Thema betrifft das existierende acquis. Ein wesentlicher Aspekt der Kompetenzdebatte für uns ist, ob das acquis durch die herankommende Reform zersetzt werden könnte. Wir haben uns in den Beitrittsverhandlungen verpflichtet, eine vollständige Übereinstimmung mit dem acquis zu erreichen. Was würde geschehen, wenn genau vor unserem Beitritt, wir mit völlig neuen Erfordernissen konfrontiert werden? Die Kompetenzdebatte darf auf keinem Fall das in Frage stellen, was bereits erreicht worden ist.

Das dritte Thema ist über die Anwendung der Prinzipien der Subsidiarität und der Proportionalität. Das Konvent sollte Vorschläge darüber unterbreiten, wie ihre Verwirklichung weiterhin gewährleistet wird. Meiner Meinung nach, könnte die politische Überwachung des Subsidiaritätsprinzips von einem Parlamentarischen Subsidiaritätsausschuss übernommen werden, der sich von Abgeordneten des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zusammensetzt. Die Rechtskontrolle des Subsidiaritätsprinzips, ausgeübt durch den Europäischen Gerichtshof, könnte auch gestärkt werden.

Zum Schluss: Solidarität und Gleichheit unter den Mitgliedstaaten sollen auch in der Zukunft die grundlegenden Prinzipien der EU bleiben.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.